

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Verlagsanstalt
Tagesblatt Rieser
Herausg. Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590.
Strolacher:
Rieser Nr. 22.

Nr. 228.

Dienstag, 30. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereinstroms von Produktionsvertrugungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reflexzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bezahlter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die britische Reichskonferenz.

Sie beginnt am 1. Oktober. — Ihr Programm. — Die schweren wirtschaftlichen Sorgen Weltbritanniens.

Am Mittwochmorgen 10 Uhr wird die britische Reichskonferenz in den Empfangsräumen des Foreign Office zu London zusammentreten. Die englische Regierung wird vertreten durch den Ministerpräsidenten Macdonald, den Außenminister Henderson und den Schatzkanzler Snowden, sowie eine Reihe anderer Minister. Die Ministerpräsidenten sämtl. Dominien, von Australien, Südafrika, Kanada, Neuseeland und Neufundland, sind bereits in London eingetroffen. Die Konferenz selbst wird voraussichtlich vier bis sechs Wochen dauern.

Ihr Programm ist von Macdonald dem englischen Unterhaus bereits am 30. Juli dieses Jahres mitgeteilt worden. Es umfaßt drei Hauptpunkte, nämlich einmal die gegenseitigen Beziehungen der zum britischen Reich gehörigen Länder, sodann die außenpolitischen Beziehungen und die Verteidigung Weltbritanniens und schließlich wirtschaftliche Fragen. Die öffentliche Meinung Weltbritanniens widmet letzteren gegenwärtig die größte Aufmerksamkeit, zumal die wirtschaftliche Not im englischen Mutterlande ein Ausmaß angenommen hat, gegenüber dem alle wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahrhunderte weit zurücktreten müssen.

Die Vorgänge der letzten Tage erinnern an die wirtschaftspolitischen Ereignisse, die sich bei uns in deutschen Ländern unmittelbar unter dem Eindruck des Zusammenbruchs abspielten, als der Großindustrielle Hugo Stinnes und der Gewerkschaftsführer Carl Legien sich die Hände reichten und sich zur Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, die in den ersten Monaten der Nachkriegszeit so erfolgreich arbeitete. In England haben sich unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise der Generalrat der Trades Unions und die Föderation der britischen Industrie zusammengesetzt und ein Memorandum über die Wirtschaftslage und die Wirtschaftspolitik des Weltreichs ausgearbeitet, das sie jetzt unmittelbar vor dem Zusammentritt der Imperials Konferenz dem vorstehenden britischen Ministerpräsidenten Macdonald überreichen.

Dieses Memorandum verdient auch bei uns größte Beachtung, denn die britische Wirtschafts- und Handelspolitik hat auch an die deutsche Reichsregierung eine Reihe von wirtschaftspolitischen Wünschen, die in den nächsten Wochen und Monaten die deutsche Öffentlichkeit noch eingehend beschäftigen werden. Hat doch bereits in den letzten Tagen der englische Außenminister Henderson seine Anwesenheit in Genf dazu benützt, um dem deutschen Außenminister Dr. Curtius die britischen Wünsche vorzutragen. Dr. Curtius nahm sie entgegen und erklärte auch seine Bereitwilligkeit, über sie in Verhandlungen einzutreten. Diese werden in den nächsten Wochen in Berlin fortgesetzt werden. In Genf haben sie dieser Tage bereits begonnen.

Die Briten sagen: Die Gelegenheit ist günstig, um die gesamte Wirtschaft und den Handel Weltbritanniens auf eine gesunde und dauerhafte Basis zu stellen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der britischen Commonwealth sind ungeheuer groß. Sie verfügt über die erforderliche arbeitende Bevölkerung, über gewaltige Rohstoffquellen und Nahrungsmittelebiete und über weite Strecken Landes, die des wirtschaftlichen Aufschlusses harren. Obwohl heute schon der Austausch von Gütern und Diensten zwischen dem vereinigten Königreich, den Dominien, den Kolonien und der Commonwealth groß ist, so läßt er sich doch noch weiter intensivieren und das zum Vorteil aller Teile des gesamten Weltreichs.

Soll dieses Ziel erreicht werden, dann ist von übertragender Bedeutung die Schaffung einer „Machinery“, die in gleicher Weise die wirtschaftlichen Möglichkeiten aller Teile des Weltreichs kennt, wie auch über sie jederzeit zuverlässige Auskünfte zu erteilen vermag. Die Schaffung einer derartigen Machinery, wie sie bereits beim Genfer Völkerbund für die Zwecke des Völkerbundes besteht, wird jetzt von dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft Englands für ganz Weltbritannien gefordert. Wird diese Forderung zum Beschluß erhoben, so haben wir zwei wirtschaftliche Machineryen von großem Ausmaß, von denen die eine den Interessen des Völkerbundes, die andere denen Weltbritanniens gilt.

Ferner wird eine weltbritannische Handelskonferenz angeregt, die so bald als möglich zusammentreten sollte. Auf ihr sollen die Wirtschaftsführer aller britischen Länder vertreten sein, Regierungsmänner, Industrielle, Landwirte, Kaufleute, Finanzmänner und die führenden Köpfe der Schifffahrt. Die Aufgabe dieser Konferenz wird darin gesehen, daß sie alle Handelsfragen des Weltreichs prüft und alle wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten untersucht. Im Verlaufe dieser Aufgaben hat sie ein Memorandum mit praktischen und konstruktiven Vorschlägen auszuarbeiten, das der nächsten Reichskonferenz zu unterbreiten ist. Diese britische Reichskonferenz hat vor der Weltwirtschaftskonferenz des Genfer Völkerbundes zusammenzutreten. Unternehmern und Arbeiterführer Großbritanniens erblicken in dieser britischen Wirtschaftskonferenz nicht eine einmalige und vorübergehende Erscheinung, sondern eine dauerhafte Einrichtung, die in enger Verbindung mit den britischen Reichskonferenzen fortbestehen soll.

Zu dem Zwecke wird die Erstellung eines wirtschaftlichen Sekretariats gefordert, das gebildet und zusammengeführt wird von Personen, die über reiche Erfahrungen in Handel, Wirtschaft und Verwaltung verfügen und allen Gebietsstellen des britischen Weltreichs entnommen sind.

Im Stadium der parlamentarischen Fühlungnahme.

Mittwoch Beginn der Kanzlerverhandlungen mit den Parteien. Durchführung des Programms mit oder ohne Reichstag?

„Berlin. Die Sitzung des Reichskabinetts, in der das Regierungsprogramm noch einmal reaktionell überarbeitet werden sollte, hat gestern um 8 Uhr abends begonnen und wurde in der 12. Stunde beendet. Die Veröffentlichung soll nun im Laufe des heutigen Dienstag erfolgen. Am Mittwoch wird der Kanzler dann voranschreitend die beabsichtigte Fühlung mit den Parteien aufnehmen, und zwar werden zunächst die Führer der Parteien unterrichtet, die das Kabinett bisher gestützt haben. Darüber hinaus wird der Kanzler aber auch mit der Sozialdemokratie und mit der Rechten verhandeln, um ihre Stellungnahme zu dem Sanierungsprogramm der Reichsregierung festzusetzen. Auch mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun ist als dem Regierungschef des größten Landes eine Besprechung vorgesehen, da die Länder bei der Durchführung des Programms zweifellos eine Reihe wichtiger Aufgaben haben.

Nachdem das Programm nunmehr fertiggestellt ist und das zweite Stadium, das der parlamentarischen Fühlungnahme, beginnt, beschäftigt man sich in politischen Kreisen naturgemäß härter mit der Frage, wie sich die Reichsbeziehungen im neuen Reichstag gestalten werden, der bekanntlich in 14 Tagen zum erstenmal zusammentritt.

Die Berliner Presse sieht die Möglichkeit einer Mehrheit noch nicht, und so spielt in ihren Betrachtungen jetzt der Gedanke, den Reichstag möglichst wenig zu bemühen, eine erheblichere Rolle als bisher.

Der „Berliner Vorläufer“ hatte ja bereits gestern darauf hingewiesen, daß für die Fälle äußerster Not auch die Verfassung äußerste Möglichkeiten vorgesehen habe. Nach seiner Ansicht müßte das Kabinett erwägen, ob es nicht versuchen muß, zeitweilig das Parlament zu verlagern und in eigener Verantwortung das notwendige Reformwerk zu vollenden.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht in diesem Zusammenhang von einer „Verschwörung gegen den Reichstag“. Sie will wissen, daß man den Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt wieder bis Anfang n. J. zu verlagern beabsichtigt, und zwar mit Hilfe der Sozialdemokraten.

Ueber die Aufgaben dieses Sekretariats ist kein weiteres Wort zu verlieren. Wenn die ganze Machinery aber fertiggestellt und in Gang gebracht ist, dann verfügt Weltbritannien über ein neues System, das es bis jetzt nicht besitzt, das es aber in die Lage versetzt, die Lebensfragen des britischen Weltreichs von Grund aus zu erkennen und auf gesunder wirtschaftlicher Basis eine zeitgemäße Handelspolitik zu treiben. Die übrigen Volkswirtschaften sind klug beraten, wenn sie diese Entwicklungstendenzen jetzt schon beachten und den bevorstehenden Verhandlungen der britischen Reichskonferenz in London die größte Aufmerksamkeit schenken.

Briand über die Lage in Deutschland.

Genf. (FunkSpruch.) Das „Journal de Geneve“ veröffentlichte Aeußerungen des französischen Außenministers Briand beim Empfang einer Delegation der internationalen Frauenvereinigungen. Briand geht hierbei auch auf die deutschen Wahlen ein. Er erklärte dazu u. a.: „Im Interesse Ihrer Arbeit dürfen Sie sich nicht sagen lassen, daß die deutschen Franzosen schlecht gerichtet haben; daß sie für den Krieg gestimmt haben, das ist falsch. Die Erklärung dieser Bewegung muß man in der schwierigen, ja tragischen Lage Deutschlands suchen. Es wird in diesem Winter in Deutschland vielleicht an 4 Millionen Arbeitslose geben. Ein zu haben gebildetes Deutschland ist aber eine Gefahr für den Frieden, und deshalb habe ich in dem Studienkomitee für eine europäische Union, das wir geschaffen haben, nachdrücklich daraufhin gewirkt, daß die Solidarität und die Interessensverbundenheit der europäischen Nationen verstärkt werden. Wenn ein Land finanzielle und wirtschaftliche Krisen durchmacht, die seine Existenz in Gefahr bringen, dürfen die anderen Länder ihm nicht nur Beizweillungen raten, sondern müssen ihm zu Hilfe kommen. Ich denke an eine Art europäischen Finanzmechanismus, der in der Lage wäre, den in schwieriger Situation befindlichen Staaten Hilfe zu leisten, von denen in erster Linie der Friede in Gefahr wäre. Der Völkerbund hat durch die Reorganisation Oesterreichs dieses Land vor der Verzweiflung gerettet. Ihm verdankt man auch die Unterbringung von 750 000 griechischen Flüchtlingen, die ihre Heimat unter besonders tragischen Umständen verlassen mußten. Man muß zwischen den Völkern eine Gefühlsgemeinschaft und eine Interessengemeinschaft schaffen. Ich glaube, daß kein Volk, keine Regierung den Krieg will, aber was die gegenwärtige Lage so schwierig macht, ist, daß so viele Interessen gegen den Frieden arbeiten. So hat er als den Höhepunkt seiner Rede erklärt, daß er Deutschland seine Verechtigung wiederzugeben wolle, aber daß das niemals mit Gewalt geschehen dürfe, sondern durch Arbeit und friedliche Mittel. Dieser Satz ist nie abgedruckt worden. Briand erwähnte weiter, daß bereits große Fortschritte zur Verständigung zwischen

Ebenso wie dieses Blatt fordert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf das dringlichste, zunächst mit der äußersten Rechten zu verhandeln. Erst, wenn dieser Versuch scheitern sollte, komme eine andere Lösung in Frage. Sie dürfte auch dann weder die offene noch die stille große Koalition sein. Herr Dr. Brüning, so führt das Blatt fort, würde die Umbildung des Kabinetts nicht vermeiden können. Stärkt ihn eine Mehrheit des Reichstags, so wird es keinen anderen Ausweg geben als den weiteren Schritt auf dem vom Reichspräsidenten schon mit dem ersten Ministertum Brüning betretenen Wege, nämlich die Bildung eines von den Parteien vollkommen unabhängigen Kabinetts der Sanierung. Der Entschluß, über allekleinliche Interpretationen der Verfassung hinauszugehen, wäre dann nicht zu vermeiden. Das deutsche Volk wünscht nicht, nach diesem oder jenem Paragraphen weiter ins Unklare, sondern durch entschlossenes Handeln des Reichspräsidenten und der Männer seines Vertrauens zur Rettung des Staates geführt zu werden.

Interessant ist auch die „Germania“. Sie stellt an den Beginn der allgemeinen politischen Auseinandersetzung den Satz: „In Deutschland muß Ordnung bleiben unter allen Umständen“. Das Blatt lehnt den Rat Seipels, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen, ab und vertritt die Ansicht, daß die künftige Entwicklung des Deutschen Reiches ein Problem der Führung sei. Gelingt es, schließt die „Germania“, unter starker Führung eine innerpolitische Stetigkeit zu erzielen, dann werden die Depressionen überwunden werden, unter denen wir gegenwärtig leiden, und dann werden auch die politischen und materiellen Kräfte in Fortfall kommen, deren sich die Nationalsozialisten bei dieser Wahl bedienen konnten. Das Parlament steht vor einer historischen Aufgabe: Es muß entscheiden, ob es dieses Problem der Führung anerkennt und ob es der Führung den notwendigen Raum schaffen will, den sie braucht, um das Reich aus der Not der Zeit mit allen Mitteln und weitestgehenden Vollmachten herauszuführen. Die nächsten Wochen werden zu erweisen haben, ob die Parteien zu dieser Einsicht fähig sind.

maßgebenden Industrie- und Finanzkreisen Deutschlands und Frankreichs erzielt worden seien und daß etwa 20 Kartelle zur Verstärkung der europäischen Solidarität beständen.

Ueber seine innenpolitische Stellung bemerkte Briand schließlich, die deutschen Wahlen haben die Äußerung der Nationalisten verstärkt, die in mir den Mann sehen der hartnäckig eine Politik des Friedens verfolgt. Aber trotz dieser Angriffe weiß ich, daß ich den Willen der Völker und vor allem den Willen des französischen Volkes für mich habe.

Erste Sitzung des neuen braunschweigischen Landtages.

Braunschweig. (FunkSpruch.) Der neu gewählte braunschweigische Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Hörner mit 20 Stimmen gewählt. Der Abgeordnete Rief (SPD.) hatte 17 Stimmen erhalten. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte hierauf, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß man von dem Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen habe, abgesehen sei. Nach § 13 der Geschäftsordnung habe die stärkste Fraktion Anspruch auf den Präsidentenposten. Er wolle diese Geschäftsordnungsmaßregel feststellen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Rief (SPD.), zum zweiten Vizepräsidenten der bürgerliche Abgeordnete Wessel gewählt.

Hierauf erklärte Minister Dr. Jasper, daß nach dem Ausfall der Wahlen vom 14. September das Staatsministerium eine andere Zusammenstellung erfahren werde; namens des Staatsministeriums erkläre er den Rücktritt der Minister.

Die Auslandsreise des Präsidenten der B33.

Basel. (FunkSpruch.) Wie die Schweizerische Delegationenagentur erklärt, ist heute der Präsident des Verwaltungsrates der B33, Dr. Garraz, von einer Auslandsreise nach Basel zurückgekehrt, in deren Verlauf er den Gouverneuren der Banken der Niederlande und der Bank von Polen, sowie dem Präsidenten der deutschen Reichsbank, Dr. Lütjeh, Besuche abstatte und mit ihnen die verschiedenen Möglichkeiten und Arten der Zusammenarbeit zwischen der B33. und den genannten Nationalbanken besprach.